

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 33.

Sperrstunden der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Der die Rückgabe eingekaufter Nummern
macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Zulagen an Wochentagen bis
8 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Stern, Universitätsstr. 22,
Königs Platz, Rathenauerstr. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

N^o 211.

Wittwoch den 30. Juli 1879.

73. Jahrgang.

Auflage 16.000.

Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Belegblätter 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.,
jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegblätter für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 Pf.,
mit Postbeförderung 45 Pf.

Inserate 5 gesp. Zeilen 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Zug nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Reclamenstich
die Spalte 40 Pf.
Zulage sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pränumerando
oder durch Postvorschuß.

Bekanntmachung.

Der am 1. August dieses Jahres fällige zweite Termin der Staats-Grundsteuer ist in Gemäßheit des Beschlusses vom 9. September 1843 in Verbindung mit der durch das Gesetz vom 3. Juli 1878 getroffenen Aenderung nach

Zwei Pfennigen von jeder Steuer-Einheit zu entrichten und werden die Steuerpflichtigen hierdurch aufgefordert, ihre Steuerbeiträge nach der städtischen Grundsteuer, welche ebenfalls den 1. August, als 1. Termin dieses Jahres, nach Eins vom Tausend des im Kataster eingetragenen Grundwertes fällig wird, von genanntem Tage ab bis spätestens 14 Tage nach demselben an die Stadt-Steuer-Einnahme alhier — Straße 51, Blauer Harnisch, 2. Stock — zu bezahlen, da nach Ablauf dieser Frist die gesetzlichen Maßregeln gegen die Schuldigen eintreten müssen.

Hierbei wird insbesondere darauf aufmerksam gemacht, daß nach §. 40 des Regulativs für die Gemeindeanlagen der Stadt Leipzig die Zahlung der städtischen Grundsteuer durch die Reclamationen nicht ausgesetzt wird, vielmehr solche mit Vorbehalt des zu viel Bezahlten zu dem bestimmten Termin zu erfolgen hat.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdndlin. Laube.

Bekanntmachung.

Auf Anregung des Königlich-Preussischen Bezirksvereins der Stadt Leipzig und Antrag des gemischten Gesundheits-Ausschusses haben wir beschlossen, den städtischen Behörden eine besondere Instruktion über die zur möglichen Verhütung von Wochenberäuflichkeiten einzuhaltenen Vorkehrungs- und Desinfectionsmaßregeln zu ertheilen.

Diese Instruktion, von welcher jedem der Herren Ärzte ein Exemplar zur Kenntnissnahme zugesandt worden, ist den Behörden von dem mitunterzeichneten Stadtbezirksarzte ausgehändigt, denselben sind auch diejenigen Desinfectionsmittel übergeben worden, welche sie auf allen ihren Berufswegen bei sich zu führen und bei jeder Entbindung, sowie bei den Wochenbesuchen anzuwenden verpflichtet sind.

Indem diese Maßregel zur öffentlichen Kenntniss gebracht wird, werden alle Betheiligten, insbesondere auch die Herren Ärzte gebeten, die Ausführung allenthalben unterstützen und thätig controliren zu wollen.

Der Rath der Stadt Leipzig. Der Stadtbezirksarzt
Dr. Erdndlin. Dr. Siegel. Kreisler.

Bekanntmachung.

Längs der Fahrbahn der Bismard-Strasse und zwar auf der Parkseite derselben sollen 936 lfd. m. Granit-Trottoir-Schwelken gelegt und die Lieferung und Verlegung derselben an einen Unternehmer in Accord verhandelt werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Ingenieur-Bureau, Rathhaus, Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versegelt und mit der Aufschrift „Granit-Schwelken für die Bismard-Strasse“ versehen ebendasselbst und zwar bis zum 6. August d. J. Nachmittags 5 Uhr

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdndlin. Bangemann.

Stadtbibliothek.

Zum Behuf der jährlichen Revision sind sämtliche aus der Stadtbibliothek entlehnte Bücher in der Zeit vom 28. Juli bis 9. August zurückzugeben. Während dieser Zeit finden keine Verleihungen statt, da in der darauf folgenden Woche nach Vollendung von Umbauten in dem Bibliotheklocale neue Aufstellung der Bücher vorzunehmen ist, können die Ausleihungen erst Montag den 18. August wieder beginnen.

Leipzig, den 27. Juli 1879. Prof. Dr. Raumann.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 29. Juli.

Das Centrum fühlt das Bedürfnis, gegen eine immer mehr anwachsende Opposition im eigenen Lager seine Haltung in der Zoll- und Steuerfrage zu verteidigen. In der „Germania“ übernimmt der Abg. Rousfang von Mainz das Geschloß, nachzuweisen, daß die Handlungsweise des Centrums „klar, recht und ehrenhaft“ gewesen, daß „das Centrum keineswegs die Steuern und Lasten vermehrt, sondern daß es Erleichterung nach allen Seiten hin angebahnt und herbeigeführt hat. Seine Abstimmung im Reichstag war also kein Bruch, sondern die Erfüllung dessen, wozu es sich stets bekannt hat.“ Was man doch Alles mit Desinteressen beweisen kann! Angesichts des soeben publicirten Zolltarifs von Erleichterung der Lasten zu reden! Herr Rousfang hatte allerdings ganz besonders dringend die Pflicht, seine und seiner Partei Haltung zu beschönigen. Das interessante Actenstück, worin sich der gestrichelte Herr den Socialdemokraten gegenüber neben andern schönen Dingen auf das Festeste verpflichtete, in seine neue Belastung des Volks zu willigen, ist ja nach in frischer Erinnerung. Gerade das Centrum hat es verschuldet, daß die Zoll- und Steuerreform lediglich zu einer Mehrbelastung geworden ist. Auch die Nationalliberalen waren ja zum größten Theil bereit, die Erweiterung der Einnahmen des Reichs zuzugestehen, aber sie verlangten noch so frisch und handgreiflich vor Augen, daß lediglich neue Lasten aufgebürdet, sondern daß auf der andern Seite Entlastungen und Erleichterungen vorgenommen würden. Das Centrum hat aber nach einem ganz matten Anlauf die constitutionellen Garantien fallen lassen, und damit jede Sicherheit aus der Hand gegeben, daß in der That eine Steuerreform und nicht bloß eine Steuererhöhung die Frucht der weitgehenden Bewilligungen des Reichstags sein wird. Diese Thatfachen liegen noch so frisch und handgreiflich vor Augen, daß man sich wirklich wundern muß, wie jetzt schon eine ultramontane Feder wagen kann, den Thatbestand zu verdunkeln. Das Centrum hat seine Grundzüge und Versprechungen in einer der wichtigsten Fragen gegen einen Lohn verschachtet, der auf einem andern politischen Gebiete in Aussicht gestellt ist, daran vermag keine Beschönigung etwas zu ändern. Die vollfreundlichen Phrasen, mit denen man vormalig das ultramontane Programm

ausstufte, wird man in Zukunft nicht mehr verwerthen können, ohne daß zur Illustration einfach auf die Bissen des Zolltarifs hingewiesen wird. Aus den Rechtfertigungsversuchen geht für uns klar hervor, daß der ultramontane Wähler anhängt, gegen die Politik der Staatsmänner im Centrum Widerspruch zu erheben, und wir hoffen, die bevorstehenden Wahlen werden dem Centrum diesen Widerspruch noch deutlicher zu Gemüthe führen. Preßstimmen, die Herrn von Drennigen nahe stehen, sprechen die Hoffnung aus, es werde nicht zur Verwirklichung seines Entschlusses, sich ganz und gar vom politischen Leben zurückzuziehen, kommen. Es scheint in dem bisherigen Wahlkreise Drennigen's und vielleicht noch in mehreren anderen der Provinz Hannover die Absicht zu bestehen, ihn trotz seiner Ablehnung eines Mandats bei den allgemeinen Landtagswahlen wieder auszustellen und durch möglichst einstimmige Wahlen ihm eine Art von Vertrauensvotum auszusprechen. Ebenso soll er für den Reichstag, falls er sein Mandat niederlegt, wieder gewählt werden. Die Folgen, welche ein Ausschreiben Drennigen's aus dem parlamentarischen Leben auf den Verband der nationalliberalen Fraction äußern müßten, werden bereits discutirt. Die Ansicht scheint vorzuherrschen, daß zunächst einzelne Mitglieder des sogenannten rechten Flügels dem Beispiel ihres Führers folgen und auf ihre Sitze im Reichs- oder Landtage verzichten und daß andere sich Herrn von Treitschke und Genossen anschließen und mit diesen vielleicht zur freiconservativen Partei übergehen oder als „rechtes Centrum“ (wenn dieser Bezeichnung bei der exceptionellen Deutung anderer parlamentarischer „Centrums“ zulässig wäre) eine besondere selbstständige Gruppe bilden würden. Von einem der bereits aus der nationalliberalen Fraction Ausgetretenen, Herrn Vahr, heißt es, daß er dem parlamentarischen Leben entsagen wolle, indess erklärt das Organ seines Freundes und Protector's Deller, daß das Gerücht unbegründet sei. Sein Ausschreiben würde übrigens für den Parlamentarismus und die Deffentlichkeit ohne Bedeutung sein und höchstens dem Wahlkreise harte Kämpfe bei den nächsten Wahlen ersparen. Die conservativen Blätter fahren fort, die oppositionelle liberale Bewegung zu verächtlichen. Die „Post“ weiß sogar, daß das Ziel dieser Bewegung lediglich die „Abhebung des künftigen Bismard“ sei, und da sie für diese Be-

hauptung in nationalliberalen Organen und Randgebungen absolut keinen Anhalt zu finden weiß, so zieht sie den eigenthümlichen Schluß, daß die liberaleren Nationalliberalen sich lediglich von den Fortschrittlichen ins Schlepp nehmen lassen, sehr zum Grame der gemäßigteren, die leider „den geeigneten Moment“, sich von diesen Bestrebungen zu trennen, hätten vorübergehen lassen. Wir sollten meinen, wenn die „Post“ auf der andern Seite mit Bedrogen einen Kaffee aus der „Bürgerzeitung“ nachdrückt, worin diese sich bitter über das geringe Entgegenkommen und die momentane Unthätigkeit der Herren Forckenbeck, Koller u. Conf. beklagt, so sollte ihr der Schluß nicht schwer fallen, daß man in nationalliberalen Kreisen denn doch im Großen und Ganzen mit einer größeren Einmüthigkeit an die künftige politische Situation herantritt, als sie zu wünschen scheint. Nichts giebt der „Post“ ein Recht, zu behaupten, daß die Nationalliberalen vom sogenannten linken Flügel in Zukunft eine blind oppositionelle Politik zu verfolgen beabsichtigen. Mit noch größerer Animosität wendet sich die „Germania“ gegen die liberalen Reichsfeinde. Es schmerzt sie sichtlich, daß man dem Volke die Augen öffnet über die vollbeglückende Politik, die das Centrum neuerdings führt. Sie geht daher gegen die liberale Agitation scharf ins Zeug. „Floctare si nequeo superos, acheronta movebo“, sei das Lösungswort der Liberalen, aber es werde ihnen nicht gelingen, das Volk aufzuwiegen. Und damit es nicht gelinge, versichert die „Germania“ dem „sogenannten armen Manne“ unter ihren Lesern, daß zwar allerdings die nächste Folge der neuen Gesetzgebung eine höhere Belastung des künftigen Volkes sein werde, daß aber die segensreichen Folgen sich später zeigen würden. Qui vivra verra! Die Gerüchte befestigen sich, daß Herr v. Stosch von der Leitung des Marineministeriums in der Armee übernehmen und General v. Voigt-Rösch aus dem Kriegsministerium zum Nachfolger als Chef der Admiralität ernannt werde. Die Publication des zweiten kriegsgerichtlichen Erkenntnisses in Sachen des „Großen Kurfürst“, welches den vom Marineminister im Reichstage in Schwab genommene Geschwaderchef, Contre-Admiral Datsch, als Hauptbeschuldigten zu einer sechsmonatlichen Festungshaft verurtheilt und so zum Austritt aus dem Dienste veranlaßt, hat jenem Gerücht neue Nahrung gegeben. Die Pause, welche durch die Vertagung der

österreichischen Ministerkrisis eingetreten ist, wird in den officiösen, halb- und ganzamtlichen österreichischen Organen durch fortgesetztes Getändel mit der „Reichspartei“ in sp. so gut es geht, ausgefüllt. In der officiösen „Wiener Morgenpost“ wird die „Reichspartei“ so definiert: „Die Reichspartei ist die Formation eines Uebergangs-Stadiums. Sie bahnt eine neue fruchtbare Gestaltung unserer Zustände an, indem sie den Forderungen des Augenblicks Rechnung trägt und für die Zukunft durch die Vorbereitung einer billigen Verhändigung zwischen den nationalen Parteien und den nothwendigen Forderungen des Reichs die Bildung neuer großer Parteien auf dem Boden der Verfassung ermöglicht.“ Also nur ein „Uebergangs-Stadium“! Und trotzdem wollen die czechischen, polnischen, ja selbst die liberalen Parteiorgane von der „Reichspartei“ Nichts wissen, reifen schlechte Witze über dieselbe und wollen eine separate Föderalisten- und Autonomienpartei begründen. Es scheint, daß sie an das „Uebergangs-Stadium“ nicht glauben, und daß Graf Taaffe, anstatt alle Parteien zu gewinnen, alle verliert. Die in englischen Journalen zuerst angelegten Gerüchte, daß die russische Armee die Rückmung der Balkan-Halbinsel bis zu dem vorgeschriebenen Termine nicht durchgeführt haben werde, veranlaßten das Wiener Cabinet, wie der „Times“ telegraphirt wird, zu einer freundschaftlichen Anfrage in Petersburg. Die Antwort hierauf war die Versicherung, daß am 4. August der „letzte russische Soldat“ das „türkische Gebiet“ verlassen haben werde. Es kommt nur darauf an, bemerkt die „N. Fr. Pr.“ dazu sehr treffend, was man in Petersburg unter türkischem Gebiet versteht. Nach einer andern Depesche soll Staatsrath Diers auf die Anfrage Rasnol's zwar geantwortet haben, die Rückmung werde bis zum 3. August herabgerückt sein, gleichzeitig aber bemerkt haben, er müsse noch einmal beim Kriegsrath anfragen, ob keinerlei unerwartete Hindernisse eingetreten seien. Hierüber, so versichert man, stehe die Zukunft noch aus. Während man in den politischen Kreisen Konstantinopels der angeheilten Meinung war, der Sultan habe sich entschieden, Scheitredin Pascha das Verbleiben im Amte durch Annahme sowohl der Reformvorschlüge desselben, wie auch der von ihm geforderten Personalveränderungen endgültig zu ermöglichen, trifft jetzt aus der türkischen Hauptstadt die telegraphische Nachricht ein, der Sultan habe einen Erlass erlassen, worin er die Nothwendigkeit der Ent-

Bekanntmachung.

Die Fahrbahn der Reiter Straße soll von der südlichen Grenze der „Grünen Linde“ bis zur südlichen Mündung der verlängerten Albertstraße mit bofsirten Steinen, die Fußwege daselbst sollen theilweise mit Mosaitsteinen gepflastert und diese Arbeiten an einen Unternehmer in Accord verhandelt werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Ingenieur-Bureau, Rathhaus, 2. Stock, Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versegelt und mit der Aufschrift „Pflasterung der Reiter Straße“ versehen ebendasselbst und zwar bis zum 20. August d. J. Nachmittags 5 Uhr,

eingureichen. Leipzig, den 26. Juli 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdndlin. Bangemann.

Bekanntmachung.

Die Fahrbahn der Bismard-Strasse soll macadamisirt werden und sind die hierzu erforderlichen Arbeiten einschließlich der Erd- und Steinarbeiten an einen Unternehmer in Accord zu vergeben.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Ingenieur-Bureau, Rathhaus, Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versegelt und mit der Aufschrift „Macadamisirung der Bismard-Strasse“ versehen ebendasselbst und zwar bis zum

6. August d. J. Nachmittags 5 Uhr eingureichen. Leipzig, am 28. Juli 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdndlin. Bangemann.

Bekanntmachung.

Das Holz der abgebrochenen Johannapark sowie der Sebastian-Bach-Strassen-Brücke, bestehend aus noch brauchbaren eichenen Balken und sichtenen Balken u. s. w., soll

Sonnabend, den 2. August d. J. Vormittags 10 Uhr auf dem städtischen Stein-Lagerplatz am Dresdner Thor, gegen sofortige Baarzahlung und unter den an Ort und Stelle bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 28. Juli 1879. Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdndlin. Bangemann.

Bekanntmachung.

Wegen baulicher Veränderungen in unserer St. Johannis Kirche zu St. Johannis muß der Gottesdienst in derselben von und mit nächstem Sonntag den 9. August bis auf Weiteres ausgesetzt bleiben.

Leipzig, den 29. Juli 1879. Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdndlin. Messerschmidt.

An die Gewerbetreibenden Leipzig und Umgegend.

Nachdem die Herren Richter & Scharf sich in höchst anerkannter Weise erboten haben, Krediten und leistungsfähigen Arbeitern, auf erfolgte Anmeldung, Abrechnen, bez. Abformen ihrer ausgehändigten italienischen Kundenarbeiten zu schaffen, richten wir nunmehr an die selbstständigen Gewerbetreibenden unseres Bezirkes die Aufforderung, ihre Gehältnisse auf dieses wohlgemeinte, im Interesse gewerblichen Fortschritts liegende Gebieten aufmerksam zu machen und sie zu fleißiger Benutzung anzuregen.

Die Gewerkeammer.
B. Säckel, Vors. Derzog, Sect.